

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64



Inhalt

Professor Horst Ehmke MdB zu einer europäischen Friedensordnung: Das erreichbare Maß an Einheit verwirklichen.

Seite 1

Karl-Heinz Hiersemann MdL und Heinrich Trapp MdL zur Forderung, die Zensur bayerischen Schülerzeitungen zu beenden: Relikt des Obrigkeitsstaates aufgeben.

Seite 4

Dokumentation:

Ein Olof Palme schmäher „Welt“-Kommentar zog einen Briefwechsel zwischen dem Erich-Ollenhauer-Haus und der Chefredaktion des Springer-Blattes nach sich. Wortlaut

Seite 5

44. Jahrgang / 223

20. November 1989

Das erreichbare Maß an Einheit verwirklichen

Gedanken zu einer europäischen Friedensordnung

Von Professor Horst Ehmke MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Patriotische Gefühle und politische Vernunft in Übereinstimmung zu bringen, ist die Aufgabe der Deutschen in dieser historischen Situation.

Zunächst zu den Gefühlen: Wir Deutschen nehmen das Selbstbestimmungsrecht für uns genauso selbstverständlich in Anspruch wie andere das tun. Wir wollen als eine Nation in Freiheit zusammenleben. Die staatliche Form dieses Zusammenlebens ergibt sich nicht aus einer Rekonstruktion der Vergangenheit, sondern aus der Gestaltung der Zukunft.

Die politische Vernunft sagt uns, daß wir nur in Frieden und Übereinstimmung mit unseren Nachbarn in Ost und West zueinander kommen und zusammenleben können. Wir wollen Brücke in Europa sein, nicht wieder Störenfried.

Wir beherrschen die Geschichte nicht. Die DDR könnte in Konkurs gehen und die Konkursmasse mit schweren politischen Verwerfungen an uns fallen. Die Folgen für uns und für ganz Europa wären unvorhersehbar. Eine darauf gerichtete Politik wäre eine Katastrophenpolitik.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verzichtbar Umgang
mit recyceltem Rohmaterial
Recycling-Papier



Vordringlichste Aufgabe ist es daher, durch Unterstützung der Reformen in der DDR diese politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren. Bis unsere Landsleute in der DDR in der Lage sein werden, ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben, haben sie und haben wir noch eine schwierige Wegstrecke vor uns.

Erst wenn das erreicht ist, können die Deutschen in der DDR und in der Bundesrepublik über die staatliche Form ihres zukünftigen Zusammenlebens in einem zusammenwachsenden Europa entscheiden. Wir können und dürfen unsere Landsleute in der DDR in dieser Frage weder bevormunden noch majorisieren. Wir werden ihre Entscheidung zu respektieren haben.

Aber auch wir Deutschen in der Bundesrepublik müssen uns im Dialog miteinander und mit den Landsleuten drüben darüber klar werden, welche Lösung wir selber wollen. Die Antwort, es käme selbstverständlich nur eine nationalstaatliche „Wiedervereinigung“ in Betracht, ist ebenso ungeschichtlich wie politisch unvernünftig.

Wir Deutschen haben nur während einer sehr kurzen Zeitspanne unserer Geschichte in der Form eines Nationalstaates zusammengeliebt, und die Zeit der Nationalstaaten geht zu Ende. Heute kann eine lebensfähige Lösung der deutschen Frage nur noch eine europäische Lösung sein.

Die Deutschen in der Bundesrepublik und in einer demokratischen DDR hätten, grob gesprochen, drei Optionen, die aber viel eher als eine Stufenfolge möglicher Lösungen gesehen werden sollten.

Wir könnten es bei einer strikten Trennung der zwei Staaten belassen. Dagegen spricht nicht nur das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen, sondern auch die Tatsache, daß durch einen kräftigen Ausbau der Zusammenarbeit auf allen Gebieten die praktische Zusammengehörigkeit immer enger werden wird.

Die Bildung gemeinsamer Kommissionen und ähnlicher Einrichtungen könnte eine Vorstufe zu einer deutschen Konföderation sein, die als Mittelstück gut in eine europäische Föderation passen würde. Die demokratischen Gesellschaftsordnungen in beiden Staaten könnten durchaus unterschiedlich sein. Westberlin und Ostberlin wären Sitz gemeinsamer Organe. Die Mitgliedschaft der DDR in der EG wäre bei dieser Lösung naheliegend, aber nicht zwingend. Erforderlich wäre in jedem Fall eine enge Assoziation mit der Europäischen Gemeinschaft. Da eine föderative europäische Ordnung eine Politik gemeinsamer Sicherheit voraussetzt, könnte eine Konföderation der beiden deutschen Staaten als Koppelungs-Element europäischer Sicherheit wirken.

Relikt des Obrigkeitsstaates aufgeben

Zur Forderung, die Zensur der bayerischen Schülerzeitungen zu beenden

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL

Vorsitzender der bayerischen SPD-Landtagsfraktion und

Heinrich Trapp MdL

Jugendpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Schülerzeitungen unterliegen nach wie vor der Zensur des Direktorates. Dieses Relikt des Obrigkeitsstaates muß endlich beseitigt werden. Wir haben deshalb einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, um das bayerische Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (EUG) zu ändern. Für Schülerzeitungen sollen nur noch die Bestimmungen des bayerischen Pressegesetzes gelten.

Der Artikel 41 des bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes schränkt in seiner jetzigen Form das Recht auf freie Meinungsäußerung in unnötiger und schädlicher Weise ein. Die Erfahrung mit konkreten Zensurfällen der letzten Jahre belegen: keine der beanstandeten Äußerungen erfüllte den Tatbestand der Beleidigung oder anderer Straftaten. Um der drohenden Zensur auszuweichen, verzichteten immer mehr Schülerzeitungen auf ihren Status als Schülerzeitung. Ihre Redakteure verkaufen ihre Schülerzeitungen vor dem Schulgelände. Dort gilt allein das Pressegesetz. Aus erzieherischer Sicht ist eine so weitgehende Beschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung sinnlos. Für Schülerinnen und Schüler muß unverständlich bleiben, weshalb hier mit zweierlei Maß gemessen wird.

In ihrem Gesetzentwurf fordert die bayerische SPD-Landtagsfraktion: Schülerinnen und Schüler einer oder mehrerer Schulen müssen das Recht haben, gemeinsam eigene Schülerzeitungen herauszugeben. In Schülerzeitungen nehmen Schülerinnen und Schüler das Grundrecht der freien Meinungsäußerung ohne Einschränkung wahr. Es gelten die Bestimmungen des Bayerischen Gesetzes über die Presse. Auf Wunsch werden Herausgeber und Autoren von einer von ihnen gewählten Lehrkraft ihres Vertrauens beraten. Die redaktionelle Arbeit für sowie der Verkauf und Vertrieb von Schülerzeitungen auf dem Schulgelände sind grundsätzlich gestattet und können nicht allein aus Gründen des Hausrechts oder aus schulischen Gründen behindert oder verboten werden.

(-/20.11.1989/va-he/rs)

* * *

Vordringlichste Aufgabe ist es daher, durch Unterstützung der Reformen in der DDR diese politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren. Bis unsere Landsleute in der DDR in der Lage sein werden, ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben, haben sie und! haben wir noch eine schwierige Wegstrecke vor uns.

Erst wenn das erreicht ist, können die Deutschen in der DDR und in der Bundesrepublik über die staatliche Form ihres zukünftigen Zusammenlebens in einem zusammenwachsenden Europa entscheiden. Wir können und dürfen unsere Landsleute in der DDR in dieser Frage weder bevormunden noch majorisieren. Wir werden ihre Entscheidung zu respektieren haben.

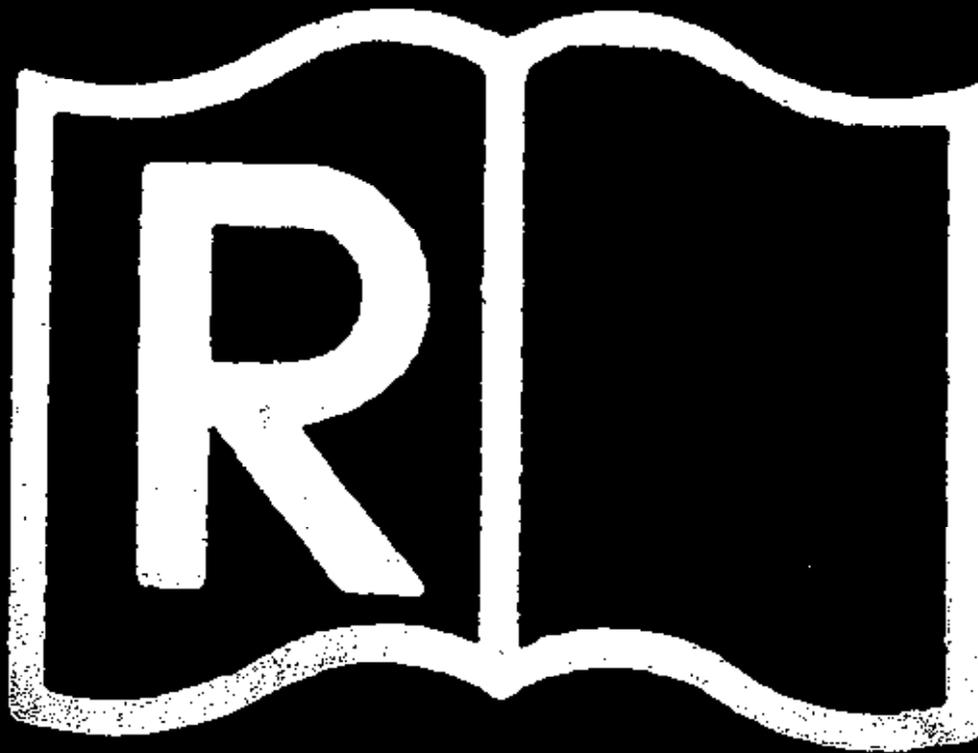
Aber auch wir Deutschen in der Bundesrepublik müssen uns im Dialog miteinander und mit den Landsleuten drüben darüber klar werden, welche Lösung wir selber wollen. Die Antwort, es käme selbstverständlich nur eine nationalstaatliche „Wiedervereinigung“ in Betracht, ist ebenso ungeschichtlich wie politisch unvernünftig.

Wir Deutschen haben nur während einer sehr kurzen Zeitspanne unserer Geschichte in der Form eines Nationalstaates zusammengeliebt, und die Zeit der Nationalstaaten geht zu Ende. Heute kann eine lebensfähige Lösung der deutschen Frage nur noch eine europäische Lösung sein.

Die Deutschen in der Bundesrepublik und in einer demokratischen DDR hätten, grob gesprochen, drei Optionen, die aber viel eher als eine Stufenfolge möglicher Lösungen gesehen werden sollten.

Wir könnten es bei einer strikten Trennung der zwei Staaten belassen. Dagegen spricht nicht nur das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen, sondern auch die Tatsache, daß durch einen kräftigen Ausbau der Zusammenarbeit auf allen Gebieten die praktische Zusammengehörigkeit immer enger werden wird.

Die Bildung gemeinsamer Kommissionen und ähnlicher Einrichtungen könnte eine Vorstufe zu einer deutschen Konföderation sein, die als Mittelstück gut in eine europäische Föderation passen würde. Die demokratischen Gesellschaftsordnungen in beiden Staaten könnten durchaus unterschiedlich sein. Westberlin und Ostberlin wären Sitz gemeinsamer Organe. Die Mitgliedschaft der DDR in der EG wäre bei dieser Lösung naheliegend, aber nicht zwingend. Erforderlich wäre in jedem Fall eine enge Assoziation mit der Europäischen Gemeinschaft. Da eine föderative europäische Ordnung eine Politik gemeinsamer Sicherheit voraussetzt, könnte eine Konföderation der beiden deutschen Staaten als Koppelungs-Element europäischer Sicherheit wirken,



es Obrig-
arbeitet,
eitungen

jetzigen
Erfah-
äußerun-
Zensur
zeitung.
lein das
chts auf
blieben,

Schüler
eitungen
echt der
Bayeri-
ner von
wie der
gestattet
ehindert
(-he/rs)

Vordringlichste Aufgabe ist es daher, durch Unterstützung der Reformen in der DDR diese politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren. Bis unsere Landsleute in der DDR in der Lage sein werden, ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben, haben sie und! haben wir noch eine schwierige Wegstrecke vor uns.

Erst wenn das erreicht ist, können die Deutschen in der DDR und in der Bundesrepublik über die staatliche Form ihres zukünftigen Zusammenlebens in einem zusammenwachsenden Europa entscheiden. Wir können und dürfen unsere Landsleute in der DDR in dieser Frage weder bevormunden noch majorisieren. Wir werden ihre Entscheidung zu respektieren haben.

Aber auch wir Deutschen in der Bundesrepublik müssen uns im Dialog miteinander und mit den Landsleuten drüben darüber klar werden, welche Lösung wir selber wollen. Die Antwort, es käme selbstverständlich nur eine nationalstaatliche „Wiedervereinigung“ in Betracht, ist ebenso ungeschichtlich wie politisch unvernünftig.

Wir Deutschen haben nur während einer sehr kurzen Zeitspanne unserer Geschichte in der Form eines Nationalstaates zusammengelebt, und die Zeit der Nationalstaaten geht zu Ende. Heute kann eine lebensfähige Lösung der deutschen Frage nur noch eine europäische Lösung sein.

Die Deutschen in der Bundesrepublik und in einer demokratischen DDR hätten, grob gesprochen, drei Optionen, die aber viel eher als eine Stufenfolge möglicher Lösungen gesehen werden sollten.

Wir könnten es bei einer strikten Trennung der zwei Staaten belassen. Dagegen spricht nicht nur das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen, sondern auch die Tatsache, daß durch einen kräftigen Ausbau der Zusammenarbeit auf allen Gebieten die praktische Zusammengehörigkeit immer enger werden wird.

Die Bildung gemeinsamer Kommissionen und ähnlicher Einrichtungen könnte eine Vorstufe zu einer deutschen Konföderation sein, die als Mittelstück gut in eine europäische Föderation passen würde. Die demokratischen Gesellschaftsordnungen in beiden Staaten könnten durchaus unterschiedlich sein. Westberlin und Ostberlin wären Sitz gemeinsamer Organe. Die Mitgliedschaft der DDR in der EG wäre bei dieser Lösung naheliegend, aber nicht zwingend. Erforderlich wäre in jedem Fall eine enge Assoziation mit der Europäischen Gemeinschaft. Da eine föderative europäische Ordnung eine Politik gemeinsamer Sicherheit voraussetzt, könnte eine Konföderation der beiden deutschen Staaten als Koppelungs-Element europäischer Sicherheit wirken.

Eine solche Lösung würde viele unserer Wünsche erfüllen. Sie würde zugleich das Zusammenwachsen Europas fördern.

Eine deutsche Konföderation könnte, immer die Zustimmung der Deutschen in beiden deutschen Staaten vorausgesetzt, in einem länger dauernden Prozeß schließlich zu einem Bundesstaat weiterentwickelt werden. Dieser müßte Mitglied der EG sein, was die Zustimmung der anderen Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft voraussetzt. Andererseits könnte ein solcher deutscher Staat nicht Mitglied der NATO sein.

Die von Gorbatschow ermöglichte Aufhebung der Teilung Europas erfordert, daß es bei der Neuordnung Europas zu keiner signifikanten Verschiebung der - durch Abrüstung entscheidend verringerten - militärischen Gewichte kommt. Die Bildung eines deutschen Bundesstaates könnte daher nur Teil einer Entwicklung des KSZE-Prozesses sein, in dem mit Zustimmung aller Beteiligten die bisherigen politischen Blöcke und militärischen Allianzen durch eine europäische Friedensordnung mit einem - von den beiden Supermächten garantierten - System kollektiver Sicherheit überwunden werden. Bis zu einem solchen Vertrag über eine europäische Friedensordnung wird nicht nur viel Zeit vergehen, es kann auch heute niemand sagen, für welche Lösung sich die Deutschen in den beiden heute existierenden deutschen Staaten dann in einer so grundsätzlich veränderten Lage aussprechen werden. Sie müssen für ihre Entscheidung auch die Zustimmung ihrer Nachbarn in West und Ost gewinnen. In einer föderativen europäischen Ordnung hätte im übrigen selbst ein deutscher Bundesstaat mit der Wiederherstellung alter nationalstaatlicher „Herrlichkeit“ wenig zu tun.

Willy Brandt hat daher zu Recht gesagt, es gehe darum, in einer europäischen Friedensordnung das erreichbare Maß an Einheit zu verwirklichen. (-/20.11.1989/vo-he/rs)

* * *

Relikt des Obrigkeitsstaates aufgeben

Zur Forderung, die Zensur der bayerischen Schülerzeitungen zu beenden

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL

Vorsitzender der bayerischen SPD-Landtagsfraktion und

Heinrich Trapp MdL

Jugendpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Schülerzeitungen unterliegen nach wie vor der Zensur des Direktorates. Dieses Relikt des Obrigkeitsstaates muß endlich beseitigt werden. Wir haben deshalb einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, um das bayerische Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (EUG) zu ändern. Für Schülerzeitungen sollen nur noch die Bestimmungen des bayerischen Pressegesetzes gelten.

Der Artikel 41 des bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes schränkt in seiner jetzigen Form das Recht auf freie Meinungsäußerung in unnötiger und schädlicher Weise ein. Die Erfahrung mit konkreten Zensurfällen der letzten Jahre belegen: keine der beanstandeten Äußerungen erfüllte den Tatbestand der Beleidigung oder anderer Straftaten. Um der drohenden Zensur auszuweichen, verzichteten immer mehr Schülerzeitungen auf ihren Status als Schülerzeitung. Ihre Redakteure verkaufen ihre Schülerzeitungen vor dem Schulgelände. Dort gilt allein das Pressegesetz. Aus erzieherischer Sicht ist eine so weitgehende Beschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung sinnlos. Für Schülerinnen und Schüler muß unverständlich bleiben, weshalb hier mit zweierlei Maß gemessen wird.

In ihrem Gesetzentwurf fordert die bayerische SPD-Landtagsfraktion: Schülerinnen und Schüler einer oder mehrerer Schulen müssen das Recht haben, gemeinsam eigene Schülerzeitungen herauszugeben. In Schülerzeitungen nehmen Schülerinnen und Schüler das Grundrecht der freien Meinungsäußerung ohne Einschränkung wahr. Es gelten die Bestimmungen des Bayerischen Gesetzes über die Presse. Auf Wunsch werden Herausgeber und Autoren von einer von ihnen gewählten Lehrkraft ihres Vertrauens beraten. Die redaktionelle Arbeit für sowie der Verkauf und Vertrieb von Schülerzeitungen auf dem Schulgelände sind grundsätzlich gestattet und können nicht allein aus Gründen des Hausrechts oder aus schulischen Gründen behindert oder verboten werden.

(-/20.11.1989/va-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Olof Palme, ein „Welt“-Kommentar und der Einspruch der SPD

Am 14. Oktober veröffentlichte die „Welt“ einen Kommentar, der den am 28. Februar 1986 ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme und die Erinnerung an ihm schmähte. Der Leiter der Abteilung Politik, Forschung und Planung beim SPD-Parteivorstand, Dr. Karl-Heinz Klär, verurteilte in einem Brief an das Blatt die Verunglimpfung des Mordopfers. Daraus ergab sich ein Briefwechsel mit dem stellvertretenden Chefredakteur der „Welt“, Enno von Loewenstern, den wir unseren Lesern zusammen mit dem zugrundeliegenden Kommentar hiermit zur Kenntnis geben.

„Die Welt“, 14. Oktober 1989:

Das Palme Mysterium

Von Alfred Zänker

Auch wenn an jener Stelle mitten in Stockholm, an der Olof Palme im Frühjahr 1986 ermordet wurde, immer noch rote Rosen niedergelegt werden: Der streitbare, oft verletzte Führer der schwedischen Sozialdemokratie hatte im eigenen Lande viele Feinde. Im Ausland war sein Ruf immer besser gewesen als zu Hause. Ein Jahr vor seinem Tode sollen sich auch führende Parteifreunde überlegt haben, wie man Palme, der immer „unberechenbarer und unkonzentrierter“ wirkte, ersetzen könnte, wie in einer Biographie enthüllt wurde.

Feinde hatte er sich auch im Ausland geschaffen durch seine ständige Einmischung in die Politik anderer Länder von Südafrika und Chile bis zum Mittleren Osten. Vor dem großen Publikum spielte der schwedische Sozialdemokrat den Friedensengel. Hinter den Kulissen aber zog er bei illegalen Waffengeschäften die Fäden. Kürzlich ist auch noch eine peinliche Abhöraffaire bekannt geworden, die nach Ansicht der Sicherheitspolizei beweisen soll, daß Moskau von der geplanten Ermordung Palmes gewußt habe: Die Fahnder, die vergeblich nach dem Täter suchten und alle möglichen Leute verdächtigten, hatte man aber davon nicht unterrichtet.

Dann, mehr als drei Jahre nach dem Mord, fand man jemanden für die Gerichte: den 42jährigen Christer Petterson, einen mehrfach, auch wegen Totschlag Vorbestraften. Zwar fehlten Motiv und Waffe. Aber Frau Palme meinte, diesen Mann am Tatort erkannt zu haben. Doch die zweite, von Berufsrichtern dominierte Instanz sprach ihn jetzt einstimmig wegen Mangels an Beweisen frei (die Staatsanwaltschaft kann in die Revision gehen). Das Mysterium des Palme-Mordes bleibt ungelöst, alle, die bisher darin forschten, verirrt sich in Widersprüchen.

Die Ermittlungen wurden von einem kleinen Kreis maßgebender Sozialdemokraten unprofessionell geführt. Man wollte eine große Konspiration beweisen, suchte in kurdischen Terroristenkreisen und bei Rechtsextremisten. Als es gar nicht weiterging, wurde ein Parteifreund und Buchverleger als Amateurderektiv eingeschaltet, was zum Rücktritt der Justizministerin führte. Fest steht nur, daß das einst fast grenzenlose Vertrauen der Schweden in Obrigkeit, in Polizei und Justiz, erschüttert ist.

Bonn, den 16. Oktober 1989.

Sehr geehrte Herren,

der Zänker-Kommentar „Das Palme-Mysterium“ in der „Welt“ vom 14. Oktober trägt die falsche Überschrift: „Nach dem Mord die Rechtfertigung“ hätte eher gepaßt. Was Zänker dazu gebracht hat, aus Anlaß des Freispruchs für Petterson seinen Gehirnschmalz zur Hälfte auf die offene oder unterschwellige Verunglimpfung des Mordopfers zu verwenden, mag der Schreiber mit sich ausmachen. (Die explizite Schlußfolgerung, Olof Palme habe seine Ermordung selbst provoziert, ist gerade noch vermieden - suggeriert wird sie.) Was die Redaktion veranlaßt hat, diese Gehässigkeit zu drucken, erfahre ich jedoch gern. Eine Antwort erübrigt sich indes, wenn die Vermutung meiner Frau zutrifft: Auch fast drei Jahre nach der Ermordung ist Olof Palme in der Erinnerung noch

zu lebendig, als daß die Meute bereit wäre, ihm Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Das spräche für den Mann, den wir Sozialdemokraten geliebt haben und dessen Andenken wir achten.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Dr. Karl-Heinz Klär

Bonn, 20. Oktober 1989

Sehr geehrter Herr Dr. Klär,

daß Sie jemanden, der Ihnen politisch nahestand, lieben und achten, ist Ihnen unbekannt, aber das muß andere nicht hindern, dessen Schwächen darzustellen. Demokratie heißt Meinungsfreiheit, und Meinungsfreiheit heißt, auch mal Kritik zu ertragen, ohne den Andersdenkenden gleich als „Meute“ zu verteufeln. In Ihrer Partei, die mit Kritik wahrlich nicht geizt an Leuten, die sie nicht liebt, muß man das wohl erst noch lernen. Herr Zänker, ein profunder Kenner der skandinavischen Szene und der Politik Herrn Palmes, hat im Zusammenhang mit dem Fall Pettersen lediglich noch einmal darauf hingewiesen, daß Herr Palme sich in der Tat viele Feinde gemacht hatte und daß damit auch, beispielsweise, die Kurden-Verdächtigung zusammenhing. Es paßt Ihnen nur nicht, daß überhaupt Kritik geübt wird. Ich empfehle Ihnen, sich an Kritik grundsätzlich zu gewöhnen und nicht jedesmal so aufgeregt zu reagieren.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Enno von Loewenstern

Bonn, den 2. November 1989

Sehr geehrter Herr von Loewenstern,

schönen Dank für den Brief vom 20. Oktober und die Bestätigung der Vermutung meiner Frau. Etwas gewundert hat mich Ihre Empfehlung, ich möge mich „an Kritik grundsätzlich gewöhnen und nicht jedesmal so aufgeregt reagieren“. So weit ich mich erinnere, hatten wir beide bisher noch nicht das Vergnügen miteinander. Falls Ihre Empfehlungen sich einer Eingebung verdanken, darf ich Ihnen mitteilen, daß dieser Sinn Sie trägt. Andererseits wird Ihr emphatisches Bekenntnis zur Hinnahme von Kritik es Ihnen gewiß erleichtern, mir einen kleinen Wunsch zu erfüllen: Veröffentlichen Sie meinen Brief vom 16. Oktober in Ihrer Leserbriefspalte.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Dr. Karl-Heinz Klär

Bonn, den 7. November 1989

Sehr geehrter Herr Dr. Klär

die Veröffentlichung von Leserbriefen fällt nicht in mein Ressort, aber ich empfehle Leserbriefe grundsätzlich nur zur Veröffentlichung, wenn sie, wie kritisch auch immer, in einem einigermaßen zivilisierten Ton geschrieben sind.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Enno von Loewenstern

Bonn, den 17. November 1989

Sehr geehrter Herr von Loewenstern,

für die Mitteilung vom 7. November danke ich.

Wenn Sie nicht veröffentlichen, veröffentliche ich. Das Urteil über Form und Inhalt sei dem Publikum überlassen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Dr. Karl-Heinz Klär

(-/20.11.1989/vo-he/rs)